

## Debatte des Deutschen Bundestages am 2. April 1998

[. . .]

### Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 und den Zusatzpunkt 6 auf:

#### TOP 5

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Hartmut Koschyk, Rainer Eppelmann und der Fraktion der CDU/CSU, den Abgeordneten Markus Meckel, Siegfried Vergin und der Fraktion der SPD, den Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Abgeordneten Dr. Rainer Ortleb, Dr. Max Stadler, Ina Albowitz und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines *Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*

– Drucksache 13/9870 –

(Erste Beratung 219. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 13/10325 –

Berichterstattung: Abgeordnete

Hartmut Koschyk

Markus Meckel

Gerald Häfner

Dr. Max Stadler

Ulla Jelpke

#### ZP 6

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*Sicherstellung und Fortführung des gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses durch Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung*

– zu dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

*Teilbericht zu dem Thema*

*„Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*

– Drucksachen 13/4353, 13/8700, 13/10325 –

Berichterstattung: Abgeordnete  
Hartmut Koschyk  
Markus Meckel  
Gerald Häfner  
Dr. Max Stadler  
Ulla Jelpke

Es liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Abgeordneten Hartmut Koschyk.

**Hartmut Koschyk (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen, der die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorsieht. Das für mich Schönste an diesem Gesetzentwurf – das will ich deutlich sagen – ist, daß wir ihn heute nach monatelanger Beratung als Entwurf der vier genannten Bundestagsfraktionen wirklich vorlegen können.

Es geht bei der zu errichtenden Stiftung nicht, wie einige Spötter in diesen Tagen gerne sagen, um die Fortsetzung der Enquete-Kommission aus der 12. und 13. Legislaturperiode des Bundestages zu den Nachwirkungen von Geschichte und Folgen des SED-Staates mit anderen Mitteln. Nein, es geht vielmehr darum, der Aufarbeitung dieser Diktatur, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt, Beständigkeit und Stetigkeit zu verleihen.

Das ist auch dringend notwendig. Für die weitere Entwicklung Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa sind nämlich die Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts entscheidende Lernerfahrungen. Daß nach 1945 in einem Teil Deutschlands auf die nationalsozialistische Diktatur eine kommunistische Diktatur folgte, darf nicht vergessen werden. Das Kredo der Deutschen nach diesen geschichtlichen Erfahrungen kann nur lauten: Nie wieder Diktatur!

Wer aber die zweite Diktatur auf deutschem Boden nicht thematisieren will, trägt zur Schwächung des demokratischen und antitotalitären Selbstbewußtseins bei. Das öffentliche Bewußtsein über den Diktaturcharakter des SED-Staates scheint heute noch nicht ausreichend gefestigt. Häufig wird nur das NS-Unrechtsregime in den Blick genommen, obwohl es geraten scheint, gerade die doppelte Diktaturerfahrung zu reflektieren. Vor allem die Opfer der SED-Diktatur beklagen, daß dieses Unrechtssystem zwischen Elbe und Oder im öffentlichen Bewußtsein oftmals nicht mehr hinreichend präsent ist.

Ich meine, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann durchaus negative Folgen für die rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie in Deutschland haben, wenn die SED-Diktatur als legitime Alternative zum Rechtsstaat Bundesrepu-